

**Sehr geehrter Herr Staatsminister Hahn,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen**

Mit dem Wahlslogan „ BSBD wählen – damit sich was für Sie bewegt“ hatten wir vergangenes Jahr hier in Butzbach unseren Wahlkampf für die Personalratswahlen 2012 eröffnet. Herr Staatsminister Hahn, als Sie am Rande des Hessesentags auf die Frage nach dem Ergebnis der Mitarbeiterbefragung der JVA Kassel I in ein Mikrofon des hessischen Rundfunks antworteten, sie würden sich über 9 % Zustimmung seitens ihrer Wählerschaft freuen, fand ich ihre Antwort schlagfertig, spontan; Chapeau Herr Minister, einfach solide gekontert.



Herr Hahn, aber viel besser gefällt mir die Antwort, die unsere Wählerschaft uns in diesem Jahr gegeben hat: 7 von 9 Sitzen des Hauptpersonalrats Justizvollzug werden in den nächsten 4 Jahren durch Kolleginnen und Kollegen des BSBD Hessen besetzt sein!

7 von 9 Sitzen, das sind 2 Sitze mehr als in der letzten Wahlperiode! Ver.di und die freie Liste mussten jeweils einen Sitz an uns abgeben.

7 von 9 – das ist sind fast 80 % der Sitze und das ist das beste Ergebnis, dass der BSBD jemals in Hessen eingefahren hat.

... das ist schließlich eine sagenhafte Bestätigung, die uns unsere Kolleginnen und Kollegen für unsere Arbeit als die Fachgewerkschaft im Justizvollzug gegeben haben.

Darauf, sehr verehrte Damen und Herren sind wir sehr, sehr stolz.

Und wir sind stolz darauf, dass wir auch in den örtlichen Personalräten 70 % der Mandate erhalten haben.



Foto: Michael Horn

Im Namen des BSBD Hessen sage ich danke an jeden, der uns mit seiner Stimme sein Vertrauen geschenkt und unsere Arbeit bestätigt hat.

Es ist die eindeutige Bestätigung unseres Mottos:
BSBD wählen, damit sich was für Sie bewegt!!

Und für den BSBD Hessen verspreche ich, wir werden diese Ansage halten, wir nehmen den uns übertragenen Auftrag sehr ernst, und wir werden weiter mit aller Leidenschaft und allem Einsatz für unsere Kolleginnen und Kollegen kämpfen! Versprochen, liebe Kolleginnen und Kollegen, versprochen!

Und ja, wir haben bewegt!

Wir haben unsere Forderungen zur Dienstplanabrechnung eingebracht und vieles von unseren Zielen haben wir durchgebracht. Wir haben uns in jeder Weise und sehr ausdauernd eingesetzt: sehr standhaft und sehr engagiert. Kollege Reiner Ruf und ich haben den BSBD in der AG Evaluierung vertreten. Kollege Pfeifer vertrat bis Mai den HPR. Euch beiden vielen Dank dafür.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Dank gilt heute auch der Fachabteilung Justizvollzug, und dort ganz besonders Herrn Ministerialrat Kräuter. Unter seiner Leitung erarbeitete die Anfang 2012 eingesetzte Arbeitsgruppe einen gemeinsamen Evaluierungsbericht zur Dienstplanabrechnung. Ziel waren 11 Unterschriften unter diesem, einem gemeinsamen Bericht. Alle sollten schließlich ihren Namen unter diesen Bericht setzen können. Das war nach dem aufreibenden Jahr 2011 eine große Aufgabe. Und für den Leiter dieser Arbeitsgruppe in ganz besonderer Weise sicher eine große Herausforderung. Für uns als

Gewerkschaftsvertreter allerdings auch.

Wir haben um dieses Ergebnis wahrhaftig gerungen, und wir ringen weiter um die Umsetzung und die Gestaltung des Abrechnungsbogens, aber:

Diese Auseinandersetzung war wichtig, sie hat gezeigt, dass es immer wieder auch ein konstruktiv kritisches Miteinander geben kann. Am Ende steht nun ein gemeinsames Ergebnis, getragen von Kuk, von Konsens und Kompromiss.

Herr Minister und liebe Kollegen der Fachabteilung Justizvollzug, wir, der BSBD Hessen werden dieses Ergebnis mittragen, mit vertreten und die Umsetzung aktiv unterstützen. Wir haben hierzu bereits einen Infobrief herausgegeben und wir arbeiten weiter in dem neu gebildeten Lenkungsausschuss Dienstplanung und Abrechnung aktiv mit. Für die weitere Umsetzung der im Bericht zusammengetragenen Empfehlungen haben wir einen besonderen Wunsch: bitte setzen Sie die Priorität bei der Umsetzung nicht auf das Tempo sondern setzen Sie bitte auf Qualität. Lieber gut als schnell! Herr Minister, liebe Kollegen der Fachabteilung.

Was haben wir noch erreicht?

Der BSBD Hessen wies immer wieder auf den Beförderungsstau im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst hin. Die Kolleginnen und Kollegen dieser Laufbahn haben einen Großteil der Modernisierungsmaßnahmen aus der NVS gestemmt,

sie brauchen eine berufliche Perspektive bei all dem, was diese Laufbahn noch an Veränderungen erwartet. Wir freuen uns, dass Sie, Herr Minister, und ihr Team hier gegengesteuert haben und für den neuen Haushalt Stellenhebungen in dieser Laufbahn vorgesehen haben, um dem Beförderungsstau entgegenzusteuern. Und dann bleibt in diesem Jahr noch der Spagat zwischen Hauptberuflichkeit und Ehrenamt. Auch bei der Überprüfung der VCC-Konzeption, der Personalausstattung und der Standortfrage haben wir uns eingebracht; mit mir meine ich den Kollegen Günter Kowalski und mich selbst; er als ehemaliger Leiter, ich als neue Leiterin des VCCs Südhessen. Auch wenn es schwierig ist, die Beteiligung an der Entwicklung von Verwaltungskonzepten einhergehend mit Personalreduzierungen zu erklären und durch Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe schließlich mit zu verantworten – insbesondere als Gewerkschaftsvorsitzende und als Landesgeschäftsführer ... wir haben uns entschieden, lieber in der AG mitzugestalten, als lediglich von außen zu kritisieren. Als Südhessen, die wir beide sind - und dem VCC Südhessen ganz besonders verbunden, bleibt mir in Anbetracht des Arbeitsgruppenergebnisses nur festzustellen, dass es sich doch lohnt, Martin Luthers Devise zu folgen und immer wieder ein Apfelbäumchen zu pflanzen, auch wenn zu fürchten steht, dass morgen die Welt untergehen wird. Wir sind froh, dass es bei den 4 VCC-Standorten bleibt. Und es gilt nun, den

Personaleinsatz und die Personalreduzierung so zu gestalten, dass die übertragenen Aufgaben bewältigt werden können. Aber hierauf werde ich etwas später nochmals zurückkommen, Herr Minister. Schauen Sie also auf das vergangene Jahr zurück, sage ich als Gewerkschaftsvorsitzende:

Ja, durch Beständigkeit, Offenheit, Standhaftigkeit, Zielstrebigkeit, Geduld und Mut, auch zum Kompromiss, lässt Manches sich doch bewegen. Nicht immer klassische Tugenden einer Gewerkschaft, aber – und das sage ich mit einem Augenzwinkern:

„Steter Tropfen höhlt den Stein.“

Doch kein Gewerkschaftstag ohne die Feststellung an die Landesregierung und an Sie, Herr Staatsminister Hahn, dass viele Themen doch noch zu bearbeiten – um nicht zu sagen – noch zu streiten bzw. zu bestreiten sind.

Da fange ich an mit dem Thema, das alle Kolleginnen und Kollegen betrifft: unsere Arbeitszeit. Schon wieder! Kein Gewerkschaftstag des BSBD Hessen ohne dieses



Blick ins Plenum

Foto: Michael Horn

Thema! Und wie viele Gewerkschaftstage muss es noch geben, bis in Hessen diese Fehlentscheidung von 2003 endlich korrigiert wird?

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Abgeordnete des Hessischen Landtags: Ende nächsten Jahres wird gewählt und es steht zu erwarten, dass sie alle die nächste Landtagswahl gewinnen wollen. Denken Sie dabei bitte an die Arbeitszeit Ihrer Beamtinnen und Beamten!

Auch wir gehen wählen. Und da kann es nicht sein, dass Hessen jetzt alleine die Schlusslaterne hält und sie sich unbeweglich an die 42-Stundenwoche klammern.

Bayern hat's geschafft, Thüringen hat's geschafft. Und Ihnen allen fällt hier nichts zur Umsetzung dieser überfälligen Anpassung und dringend notwendigen Korrektur ein außer der Klage über das fehlende Geld im Haushaltssäckel und die aufgelaufenen Schulden??

Fehlt es hier in Hessen etwa an Phantasie, Kreativität oder gar Verantwortung für die Bedienstetenschaft?

Im hessischen Justizvollzug haben wir seit dem Jahr 2004 vier unterschiedliche Wochenarbeitszeiten in den Schichtplänen zu planen und abzubilden. Vier! Wir haben Kollegen mit 42, 41, 40 und 38,5 Stunden. Haben sie schon einmal überlegt, wie sie mit 4

unterschiedlichen Wochenarbeitszeitmodellen noch einen Schicht- und Einsatzplan hinbekommen können, der auch noch dem Anspruch genügen soll, alle Positionen in der Anstalt zu besetzen und jegliche Mehrarbeitsstunde oder Überschneidungszeit

vermeidet? Im hessischen Justizvollzug ist das mittlerweile eine Wissenschaft geworden.

Nur: kein betroffener Bediensteter kann ihnen dabei noch folgen! Viele wenden sich ab, erst wütend, dann demotiviert und schließlich ausgebrannt.

Teams werden zerrissen, die Basis für die Sicherheit in den Anstalten! Und: Fahrgemeinschaften werden zerrissen, ein wesentlicher Faktor für die finanzielle Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen. Bei 1,50 € bis 1,75 € pro Liter an den hessischen Zapfsäulen.

Und Sie als politisch Verantwortliche, sie verstecken sich hinter den Haushältern ihrer Fraktionen respektive dem Finanzminister.

Die Zeche zahlen die hessischen Landesbediensteten! Das kann nicht sein, das darf nicht sein, der BSBD Hessen appelliert an ihre Verantwortung: Reduzieren Sie die Arbeitszeit der Bediensteten, damit wir wieder vernünftig und für alle nachvollziehbar unsere Dienstplanung gestalten können.

Entgegen all Ihrer Sparpläne für die nächsten Jahre ließen sie es aber dieses Jahr zu, dass im Innenministerium ein Erlassmonster verfasst wurde. Es geht um die Berechnung der zu erbringenden Lebensarbeitszeit für Wechselschicht- und Schichtdienstleistende.

Es war eine Forderung von uns, dass diese weiter mit 60 statt mit 62 in den Ruhestand gehen können. Umgesetzt haben Sie es, werte Abgeordnete der Regierungsparteien durch einen Zusatzantrag zum 1.

Dienstrechtsmodernisierungsgesetz. Aber heute hängt über uns der Fluch dieser guten Tat: die erbrachten Zeiten im Wechselschicht- und Schichtdienst sollen zukünftig taggenau berechnet und in SAP verbucht werden. Wissen Sie eigentlich, was das heißt?

Wissen Sie eigentlich, wie viele Leute sie zukünftig damit beschäftigen werden, in einem EDV-Programm, nämlich SPEXPERT nachzuschauen, wer einen Tagdienst geleistet hat im vergangenen Monat, um dann einen Vordruck für die betroffenen Kollegen auszufüllen, der dann weiterzugeben ist an den in SAP Buchungsberechtigten, der das dann in SAP HR schließlich einpflegt?

Sehr geehrte Damen und Herren, wir schreiben auch im hessischen Justizvollzug das Jahr 2012! Im Jahr 2012 wird es zugelassen, dass in hessischen Amtsstuben Beamtinnen und Beamte sitzen, die Informationen von einem EDV-Programm in ein anderes durch ABSCHREIBEN übertragen und dazwischen wird noch ein Vordruck befüllt.

Herr Minister, die große Mehrheit des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Krankenpflegedienstes wird 20 Jahre im Wechselschicht- und Schichtdienst erreichen. Hier wird ein organisatorischer Aufriss veranstaltet, um schließlich lediglich Einzelnen die zu erbringende Lebensarbeitszeit zu verlängern. Steht da der über Jahrzehnte zu betreibende Personaleinsatz zur taggenauen Auswertung von 30 –

35 Dienstjahren eigentlich in irgendeinem Verhältnis zu dem erwartenden Nutzen? Wie viele Mitarbeiter werden sie dafür einsetzen, Herr Minister, um am Ende einzelnen Bediensteten aufgrund der taggenauen Berechnung taggenau zu begründen, dass sie länger zu dienen haben?

Wenn Sie das so umsetzen, wie es jetzt per Erlass verordnet wurde, wird das auf jeden Fall richtig teuer. Aber Herr Minister, der BSBD Hessen will nicht nur motzen, wir haben da bereits einen Lösungsvorschlag für Sie. Wir empfehlen ihnen dringend, sich bei der Bewertung von geleistetem Wechselschicht- und Schichtdienst wieder auf die bereits existierende Definition aus der Erschwerniszulagenverordnung zu beziehen. Das lässt sich nämlich bereits heute elektronisch auswerten. Nur so; Herr Minister, hätten sie und die hessische Landesregierung tatsächlich etwas von der gesetzlich verkündeten Anhebung der Lebensarbeitszeit.

Und wenn wir gerade bei der vollzuglichen EDV angekommen sind. Ist es normal, dass man bei der Anwendung von Fachsoftware pro Arbeitsschritt die meiste Zeit damit verbringt, dass man der sich drehenden Sanduhr zuschaut??? Landauf, landab höre ich, dass Anwender in der Spitze über Minuten die Sanduhr sehen, dass banale Arbeitsschritte eine gefühlte Ewigkeit dauern.

Wissen sie eigentlich, wie viel Ärger die Sanduhr täglich im Vollzug erzeugt? Und jetzt komme ich auf die VCC-

Konzeption zurück. In den VCCen wollen sie allein 15 % des Personals des mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes abbauen. 15 %, sehr verehrte Damen und Herren. Dort, in den VCCen, ist aber jeder Arbeitsplatz ein EDV-Arbeitsplatz. Und sie tun das, obwohl die Technik ein beschleunigtes, optimiertes oder synergisiertes Arbeiten gar nicht möglich macht! Hier, Herr Minister, ist noch großer Gegensteuerungsbedarf von Ihrer Seite gegeben, bevor hier Einsparkonzepte tatsächlich umgesetzt werden können.

Und das, Herr Staatsminister, gilt auch für die Tatsache, dass Software-Updates für unsere Vollzugssoftware mitten im laufenden Tagesbetrieb, d.h. mitten in der Arbeitswoche gefahren werden dürfen. Während die HZD, aber auch die Softwareabteilung ihres Hauses selbst, solche Arbeiten am Wochenende oder nachts erledigen, werden Wartungsarbeiten an der EDV des Vollzugs mitten im Tagesbetrieb gefahren und ohne Rücksicht darauf, wie viele Arbeitsplätze dann stillstehen – bzw. stillsitzen.

Da darf sogar die Sicherheit berührt werden, weil niemand mehr auf die Gefangenendaten zugreifen kann.

Warum ich das heute hier anspreche? Weil wir Fachgewerkschaft sind und weil uns die Arbeits- und Belastungssituation der Kolleginnen und Kollegen am Herzen liegt. Und weil es mal ganz laut und deutlich gesagt werden muss! Das geht nicht, Herr Minister. Bitte ändern sie das!

Herr Minister, sie haben verkündet, dass Sie bis 2015 mindestens 80 Stellen abbauen wollen!

Hessischer Justizvollzug 2012

80 Stellen – da könnten Sie doch auf die Idee kommen, die Stellen zu nehmen, die zu den Funktionen im Dienstplan gehören, die in den Tagesdienstplänen mal eben mittlerweile sehr häufig unbesetzt bleiben.

Gibt es eigentlich eine Erhebung, wie viele Stellen in den Tagesdienstplänen mittlerweile täglich unbesetzt bleiben? Oder mühsam mit Anwärtern besetzt werden.

Herr Minister, die Kolleginnen und Kollegen des Vollzugs sind entsetzt. Warum? Weil die Diensthabenden dafür Ihren Kopf hinhalten müssen. Weil Sie die Sicherheit garantieren sollen, ohne dass dafür genügend Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung stehen.

Aber Herr Minister, sie hätten es mit ihrem Team auch schwer, die Positionen nachzubesetzen.

Personalmangel, Krankheit, Urlaubskontingente, unbesetzte Stellen – und dazu die mathematisch falsch berechnete Ausfallquote – tatsächlich beträgt sie nur 20 statt 25 %. Aus vielen Anstalten melden die Kolleginnen und Kollegen, die noch regelmäßig zum Dienst kommen zurück, dass sie das Gefühl haben, nur noch im Dienst zu sein, weil ihnen Ruhetagen und ihre Wochenenden gestrichen werden.

Dass die Mehrarbeit nicht deutlich steigt, ist der Tatsache geschuldet, dass die Positionen im

Dienstbetrieb einfach unbesetzt bleiben. Es traut sich aber eigentlich auch kaum noch jemand, tatsächlich Mehrarbeit anzuordnen. Und wir, Herr Minister, sehr verehrte Kollegen der Fachabteilung, wir fragen deshalb auch nicht mehr nach der Mehrarbeitsentwicklung.

Achja, und dann bleibt für die noch Dienstleistenden die bittere Erkenntnis: wer viel macht, macht viele Fehler, wer nichts macht, macht keine Fehler, und wer keine Fehler macht, der wird befördert.

Wer viel macht, schreibt viele Meldungen, und wer viele Meldungen schreibt, der erzeugt viele Nachfragen. Und wer nicht genauestens antwortet, wird abgemeiert.

Die Bereichsleitungen fühlen sich aufgerieben zwischen den Fronten in Sachen Dienstplanung. Es gibt kaum einen, der die dezentrale Dienstplanung tatsächlich gut findet – jedenfalls nicht bei den Betroffenen. Aber: je höher der Krankenstand im AVD steigt, desto mehr rufen die Entscheidungsträger nach noch mehr Dezentralisierung – damit die Kollegen wissen, wen sie vertreten haben, wenn sie zusätzlich kommen. Die Kontrolle funktioniert aber offensichtlich gar nicht, verfolgt man wiederum dem Krankenstand. Da steht dann der Dienstplan einer Abteilung, und die Nachbarabteilung geht baden. Das „WIR“ ist verloren und alle schauen weg.

Die Positionen bleiben schließlich unbesetzt und sie, liebe Kollegen der Fachabteilung, werden nach

Auswertung über SPExpert wahrscheinlich, wie bereits ausgeführt, zu dem Schluss kommen, dass die Stellen, wenn sie doch sowieso nicht besetzt werden, nicht gebraucht und deshalb gestrichen werden können. Neben der fehlerhaft berechneten Ausfallquote ein markanter Beitrag zu dem von Ihnen zu erbringenden Einsparvolumen von 3,73 Mio € aus dem Personalhaushalt bis 2015!

Die hessischen Anstalten sind personell an ihren untersten Grenzen angekommen, Herr Minister, und sie wollen ihr Einsparkonzept umsetzen. Wie soll das gehen, Herr Hahn??

Sie werden sich sicher sagen, alles nicht so schlimm, schauen sie doch mal Frau Kannegießer, es passiert doch viel weniger als noch vor 14 Jahren, das war das Ende der rot-grünen Regierungskoalition.

Weniger Lockerungsmissbrauch und weniger Schlägereien, weniger Verletzungen und das trotz nicht besetzter Positionen!... Das ist Statistik. Aber was ist es, sehr verehrte Damen und Herren, dass weniger Konflikte registriert werden??

Als Gewerkschaftsvorsitzende sage ich nicht ohne Sarkasmus: naja, wo kein Personal ist, können natürlich auch keine Konflikte bemerkt werden. Die Subkultur macht sich breit in den hessischen Gefängnissen. Nach der Anfang September veröffentlichten Gewaltstudie von Professor Pfeifer u. Co. meldet immerhin ein Viertel der Gefangenen, ihnen sei in den vergangenen 4 Wochen im Vollzug körperliche Gewalt angetan

worden. Auch in dieser Studie gilt die fehlende Personalpräsenz mit als Ursache für Gewalt hinter Gittern.

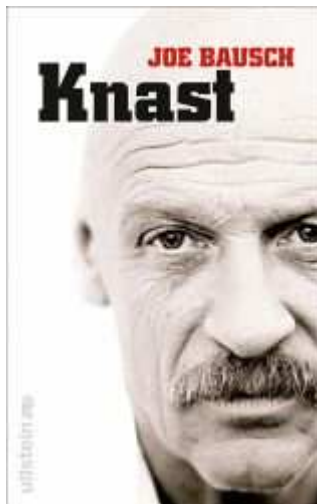
Sehr geehrter Staatsminister Hahn, sehr geehrte Damen und Herren des hessischen Landtags, eigentlich ist es aber noch viel bedenklicher:

Diese statistische Ruhe erreichen wir nicht durch umfassende Behandlungsprogramme, Konzepte und aktive Resozialisierungsarbeit.

Nein, eigentlich erreichen wir diese trügerische Ruhe, durch Fernseher und Spielekonsolen in den Hafträumen und darüber hinaus durch die steigende Ausgabe von Medikamenten und Diazepam. Das ist schließlich auch ein Unterschied zu 1998.

Die Stationskollegen sträuben sich, diese Mengen an Medikamenten auszugeben, weil sie keine Fachleute hierfür sind. Von ihnen zu verlangen, dass sie die Einnahme überwachen, geht eigentlich gar nicht. Fachleute für die Medikamentenausgabe haben wir jedoch nicht genug.

Die Fachdienste, allen voran der Sozialdienst hat seitenlange Vollzugspläne und Checklisten zu befüllen. Sie hetzen den Bearbeitungsfristen und Terminen hinterher. Als Fachgewerkschaft fragen wir uns da: Haben wir eigentlich auch noch Personal, um all das umzusetzen, was wir da zusammenschreiben und empfehlen?



Joe Bausch, viele kennen ihn als Pathologen im Tatort Köln - im wahren Leben ist er allerdings Anstaltsarzt in der JVA Werl und BSBD-Fachgruppensprecher für den medizinischen Dienst im BSBD-NRW - hat im vergangenen Jahr ein Buch über den Knast geschrieben, über sein

Erleben des Knastes als Arzt, das Leben der Gefangenen im Knast, die Regeln der Gefangenen im Gefängnis und ihren Umgang miteinander. Er hat aber auch markante Anmerkungen zur Arbeitsplatzsituation der Kolleginnen und Kollegen gemacht.

Wir überreichen Ihnen, Herr Minister, und Ihnen Herr Dr. Roos, heute jeweils ein Exemplar. Auch für den Insider mit Schlüssel ist dieses Buch eine empfehlenswerte Lektüre.

Hessischer Justizvollzug 2012

Und immer noch ein potemkisches Dorf. Oder anders beschrieben: Salto mortale zwischen Aktendeckeln. Meldungen, Protokolle und Belehrungen, so erleben Vollzugsbedienstete den hessischen Justizvollzug 2012. Ein Kollege beschrieb das kürzlich mit den Worten: „Nutzlos aber engagiert:“

Wie zutreffend! Nutzlos aber engagiert. Wir produzieren Papier, wir befüllen Akten, melden, berichten. Was nutzt all das Papier, alle Statistik und alle BSC, wenn am Ende keine Zeit für die eigentlichen Aufgaben bleibt. Als BSBD Hessen und als

Fachgewerkschaft im Justizvollzug stellen wir fest: Die Kolleginnen und Kollegen erleben nicht die Gefangenen als belastend, für sie sind es die Organisation und die Zusammenarbeit.

Und mit Grauen erwarten wir hierzu schon all die Mustervordrucke für die Umsetzung des Hessischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht fordert fortwährende Motivationsarbeit am Sicherungsverwahrten und die Dokumentation derselben.

Das hessische Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz ist eingebracht.

Zunächst bleibt zu betonen, dass der BSBD Hessen Ihre Entscheidung; Herr Minister, begrüßt, Sicherungsverwahrte zukünftig weiter am Standort Schwalmstadt unterzubringen. Dort ist die Fachkompetenz, dort ist dieser besondere Auftrag schon seit vielen Jahren im Anstaltsgefüge verwurzelt und dort gibt es die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung. Deshalb halten wir ihre Entscheidung, Herr Staatsminister, für eine gute Entscheidung, auch wenn die JVA selbst in den nächsten Monaten durch die Umbauten innerhalb der Anstalt erheblich belastet sein wird. Viele Schwälmer Kolleginnen und Kollegen im werden im nächsten Jahr ihren Dienst im 150 km entfernten Weiterstadt zu verrichten haben.

Umso deutlicher begrüßen wir, dass sie beabsichtigen, diese Abordnungen sozialverträglich zu gestalten, dass sie Wohnraum zur Verfügung stellen und darüber

hinaus auch einen Shuttlebus anbieten werden für diejenigen, die sich für das Pendeln entscheiden. Wir wissen, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, und deshalb darf das hier auch einmal ganz besonders betont werden; das finden wir gut!

Auch wir haben als BSBD Hessen hat sehr ausführlich Stellung bezogen zu dem uns zugeleiteten Referentenentwurf. Von Seiten des BSBD Hessen wird nicht verkannt, dass die durch das Bundesverfassungsgericht formulierten Vorgaben die zukünftige Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung viele Vollzugspraktiker vor große Herausforderungen stellen wird. Ein schwieriges Feld. Aber, als BSBD Hessen bleiben wir bei unserer Auffassung, dass es falsch ist, die Sicherungsverwahrten von der Arbeitspflicht derart ausdrücklich zu entbinden, wie der hessische Gesetzentwurf das vorsieht. Und wir halten es für falsch, dass zur Förderung der Motivation der Untergebrachten die Verteilung von Zuckerstückchen eine gesetzliche Grundlage erhält, die aber eventuell notwendige Rücknahme einer Vergünstigung nicht gesetzlich normiert wird. Das sollten sie auf jeden Fall noch einmal überdenken, Herr Minister.

Bleibt schließlich noch ein kurzer Schwenk über die Vollzugslandschaft.

80 Stellen wollen Sie einsparen, ich wiederhole mich. Davon kommen 10 aus der Jugendarrestanstalt Friedberg. Innerhalb von 4 Wochen wurde dort 2008 der Jugendarrest aus dem Boden gestampft. Nach nur 4

Betriebsjahren wird diese Zweiganstalt Anfang 2013 geschlossen.

Erst Kassel III, jetzt Friedberg... die Vollzugslandschaft verändert sich. Rasant werden Entscheidungen umgesetzt.

Das Abenteuer Teilprivatisierung in der JVA Hünfeld aber bleibt. Den Vertrag haben Sie, Herr Staatsminister, vergangenen Dienstag in Hünfeld unterschrieben. Und für den besonderen Kick steht jetzt nicht mehr der weltweit agierende Serco-Konzern, nein, es ist der abgekoppelte Deutschlandzweig, mit dem sie den Vertrag geschlossen haben. Die „Steep GmbH“ ist ihr Vertragspartner.



Blick ins Plenum Foto: Michael Horn

Die neuen alten Geschäftsführer von Serco/jetzt Steep erklärten hierzu Ende Juli ihren besorgten Mitarbeitern in einer Betriebsversammlung, es handele sich lediglich um einen Namenswechsel, so wie 1991 aus Raider plötzlich Twix wurde, weil das deutsche Raider in anderen Ländern unter „Twix“ zu kaufen war.

Das stiftete dann eine einheitliche Verpackung, hier

wollte man sparen, also kein deutschsprachiger Sonderweg mehr.

In der JVA Hünfeld, sehr verehrte Damen und Herren, wurde allerdings nicht aus Raider Twix, wie vom Serco/jetzt Steep-Geschäftsführer behauptet;

Nein: hier wurde aus Twix Raider gemacht!

Klingt für manches Ohr kleinkariert, ist aber so. Zumal die von Serco und Steep gelieferte Begründung, man wolle sich Konzernseitig auf das Kerngeschäft konzentrieren im krassen Widerspruch zu dem steht, was hier tatsächlich passiert ist. Es ist der Serco-Mutterkonzern, der „zivil government“ im Kerngeschäft hat.

Könnte da eventuell der Schutz des Namens Serco bedeutsam gewesen sein bei dieser Entscheidung?

Aber, Herr Staatsminister Hahn, all das haben sie sicherlich im Bewertungsverfahren vor Erteilung des Zuschlags umfassend berücksichtigt. Eine Risikobewertung ist erfolgt und wurde dahingehend sicherlich fortgeschrieben, so war es jedenfalls Ende Juli aus Ihrem Haus zu vernehmen.

Ihr politischer Wille geschehe, so ist das in einer Demokratie. Sie haben das Mandat hierzu.

Andere haben beachtenswerterweise anders entschieden!

BSBD Hessen und BSBD Bund zollen Herrn Justizsenator Thomas Heilmann von der Berliner CDU großen Respekt!

Respekt für seine Entscheidung, – trotz hessischer Beratung – die dort im Bau befindliche JVA Heidering doch vollstaatlich – statt, wie ursprünglich geplant, teilprivatisiert zu führen. Im laufenden Vergabeverfahren zog er die Notbremse und stieg tatsächlich aus.

Sie sagen, Herr Minister, sie sparen zukünftig 750.000 € jährlich. Belegen werden sie uns das nie. Verwunderlich nur, dass sie das Einsparvolumen von 660.000 € bei Projektstart offensichtlich nicht erreicht hatten. Sie selbst haben diese Zahl 2008 nach unten korrigiert auf lediglich 180.000 € pro Jahr. Belegt wurde und wird auch das nie. Das ist die Spezialität aller PPP-Projekte. Das Geschäftsgeheimnis. Controllt wurde auch nicht. Und Sie selbst Herr Minister Hahn, erklärten bezüglich der ersten 6 Betriebsjahre der JVA Hünfeld am 30.06.2012 in die Kameras der Hessenschau: „Wir haben geübt.“

Achso!? Jegliches Statement vor dem 30.06.2012 klang da ganz anders.

Eins ist sicher, mindestens 5 Mitarbeitern der neuen Steep GmbH wurde bereits gekündigt, einigen davon direkt am Tag nach dem Fest zur Vertragsverlängerung. Was für ein Vorgehen. Aufgaben, die bisher durch Serco zu erledigen waren, werden mirnichts, dirnichts zurückgegeben – an wen? An die Bediensteten des hessischen Justizvollzugs. Allerdings bei gleichzeitiger Personalreduzierung im staatlichen Bereich. Sie erinnern sich: die VCCen geben in den nächsten 3

Jahren 15 % ihres mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes ab. Herr Staatssekretär Dr. Kriszeleit erklärte dem danach fragenden HPR Justizvollzug im September hierzu: „ wir werden das beobachten.“ Herr Staatsminister Hahn, ich verspreche ihnen, das werden wir auch tun.

Aber, beobachten allein genügt nicht.

Die Konsequenzen dieser politischen Entscheidung baden die betroffenen Kolleginnen und Kollegen aus, auch die in der JVA Hünfeld.

Übrigens, bei der Vorbereitung meines Berichts habe ich ein wenig Internetrecherche bei Wikipedia betrieben.

„Raider“ kommt aus dem Englischen. Die deutsche Übersetzung lautet: „Angreifer, Räuber, Plünderer.“ Wir haben für Sie, Herr Staatsminister Hahn, im Supermarkt schon mal Korrektur gelesen. Wir haben für Sie aus Twix eine Packung Raider gemacht.



Kollege Beinroth mit Geschenken für
Staatsminister Jörg-Uwe Hahn,
Foto: Michael Horn

Herr Hahn, wir überreichen Ihnen heute zur guten Erinnerung an diesen Meinungsaustausch eine Packung Twix/jetzt Raider.



Übergabe einer Packung Raider von Kollege Beinroth an Staatsminister Hahn

Foto: Michael Horn

Herr Minister, der BSBD Hessen wünscht Ihnen einen guten Appetit!

Und weil das noch nicht reicht, legen wir auch noch einen Artikel aus der Zeit von der vergangenen Woche dazu. Die befasste sich im Wirtschaftsteil sehr ausführlich mit den PPP-Projekten landauf - landab. Interessant war die Feststellung, dass das Mutterland von Private Public Partnership sich augenblicklich von dem Modell zu distanzieren beginnt.



Aber Teilprivatisierung in Hünfeld bleibt – jedenfalls für die nächsten 6 Jahre!



Der Landesvorstand bei der Begrüßungsrede von Birgit Kannegießer Foto: Michael Horn

Bleibt zum Abschluss noch die Betrachtung der Aussichten auf das 2.

Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes, welches jetzt als Fraktionsgesetz in den Landtag noch in der Legislaturperiode eingebracht wird. Das erspart dann wohl die Expertenanhörung. Ihr FDP-Kollege Frank Blechschmidt, Herr Minister, erklärte beim politischen Abend des DBB vor einem Monat in Wiesbaden, die Anhörung finde trotzdem statt. Wir sind gespannt. Da will ich doch heute schon die Chance nutzen, ihnen mitzugeben, was uns als BSBD Hessen besonders wichtig sein wird – ich mach es kurz:

1) Wir brauchen einen Laufbahnzweig Justizvollzug. Das ist der Vielfalt der Aufgaben im Justizvollzug geschuldet.

2) Wir brauchen weiterhin als berufliche Entwicklungsperspektive den prüfungsfreien Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahngruppe. Darum haben wir in der Vergangenheit gekämpft und haben es im Vollzug auch durchgesetzt, und wir empfehlen dringend, dies auch im neuen Dienst- und Laufbahnrecht so zu verankern.



Die Delegierten des Ortsverbands Weiterstadt,

Foto: Michael Horn

3) Wir brauchen ein Beurteilungssystem, das transparent, schlüssig, nachvollziehbar ist und das berufliche Leistungsvermögen der Kolleginnen und Kollegen abbildet. Der vorgegebene Beurteilungsdurchschnitt von maximal 10,49 Punkten in einer Anstalt hat sich nicht bewährt; er muss aufgegeben werden, zumal es ihn nur im Vollzug gibt, im Bereich der allgemeinen Justiz kennt man ihn gar nicht, dort gibt es auch kein Regelbeurteilungsverfahren. Es darf nicht sein, dass Bedienstete allein durch ihre Zugehörigkeit zu einem Fachbereich oder gar einer Vollzugsbehörde schlechter

bewertet werden müssen, dass, so meinen wir, ist nicht vertretbar. Wir appellieren an Sie, das jetzige Verfahren auszusetzen, bis es eine einheitliche Regelung in der Landesverwaltung gibt.

4. Nach den EU-Richtlinien ist die Meister-Ausbildung dem Bachelorabschluss gleichgesetzt, deshalb ist das Eingangsamts der Handwerksmeister im Vollzug anzuheben oder es ist ihnen zumindest eine angemessene, ruhegehaltsfähige Amtszulage zu zahlen, um hier für einen Ausgleich zu stiften.

Die



Delegierten des Ortsverbands Schwalmstadt

Foto: Michael Horn

Mehr zum 2. DRMod. wird der Kollege Walter Spieß sicher in seinem Grußwort aufgreifen.

Uns, dem BSBD Hessen, Herr Minister, sehr verehrte Damen und Herren, geht es um die Kolleginnen und Kollegen, die im hessischen Justizvollzug Dienst leisten, um ihre Arbeitsplatzsituation, um Motivation und Arbeitszufriedenheit, um deren gesamtes berufliches

Werden. Wir brauchen genügend Personal, um all die Aufgaben zu stemmen, die sie uns übertragen.

Schweigen hilft nicht, aussitzen auch nicht. Ich erinnere noch einmal an die Worte von Altkanzler Helmut Schmidt: wer Kritik unterdrückt, hat etwas zu verbergen.

Als Fachgewerkschaft Justizvollzug ist es unser Auftrag, anzusprechen, was anzusprechen ist. Dies erwarten unsere Mitglieder – und das Wahlergebnis der HPR-Wahlen 2012 zeigt deutlich, dass wir uns dieser ganz elementaren Aufgabe sehr aner kennenswert und deutlich stellen. Kolleginnen und Kollegen, wir stellen eine starke, engagierte, kompetente und mutige Personalvertretung. Wir wollen bewegen. Wir greifen auf und wir bleiben dran.

Wir sagen nein zu Dingen, die nicht funktionieren. Nein, nicht um des Nein sagens Willen. Es geht nicht darum, den Schuldigen zu suchen, und den Schuldigen aufzuknüpfen. Wer sich mit dem Aufknüpfen des Schuldigen begnügt, hat Thema und Auftrag verfehlt. Wir möchten, dass sich die Arbeitssituation verändert, dass sie sich spürbar für alle verbessert, Zusammenarbeit wieder Zusammenarbeit wird. Dafür setzen wir uns ein.

Und deshalb liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister, sehr verehrte Damen und Herren, deshalb wurde am 23. Mai BSBD gewählt – damit sich etwas für sie bewegt! Vielen Dank!